

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/040(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 09.11.2006	Ratssaal	14:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 38.(IV) und 39. (IV) Sitzung vom 12./16.10.06
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Umbau und Erweiterung Kindertagesstätte Lübecker Str. 12
BE: Oberbürgermeister

- 5.2 Umbau und Sanierung Kita Skorpionstr. 7 DS0320/06
BE: Oberbürgermeister
- 5.3 Entwurf "Aktionsplan 2006 Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Magdeburg" DS0417/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.4 Verwaltungskostensatzung DS0251/06
BE: Bürgermeister
- 5.5 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Magdeburg DS0375/06
BE: Bürgermeister
- 5.6 Änderungssatzung zur Vergnügungssteuersatzung für den Zeitraum 01.01.2000 bis 31.12.2006 DS0383/06
BE: Bürgermeister
- 5.7 Neufassung der Vergnügungssteuersatzung ab dem 01.01.2007 DS0384/06
BE: Bürgermeister
- 5.8 Schulentwicklungsplan 2007/2008 DS0392/06
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 5.9 Übertragung der kommunalen KJFE "Haus Thieberg" an den freien Träger -aktion musik- DS0311/06
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5.10 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 268-1 "Neuprester" DS0163/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 5.11 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr 268-5 "Neuprester - Klusdamm" DS0164/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 5.12 Öffentliche Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 428-3 "Mercurweg" DS0302/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 5.13 Satzung der vereinfachten 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.250-1 "Kleiner Stadtmarsch/Stadtpark" DS0337/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- | | | |
|------|--|-----------|
| 5.14 | Vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" mit integrierter örtlicher Bauvorschrift
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0338/06 |
| 5.15 | Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 134-1 "Insleber Straße"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0347/06 |
| 5.16 | Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0346/06 |
| 5.17 | Vorentwurf B-Plan 235-3 "Neustädter Straße / An der Magdalenenkapelle"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0348/06 |
| 5.18 | Satzung - Veränderungssperre Bebauungsplangebiet Nr.235-3 "Neustädter Straße/An der Magdalenenkapelle"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0353/06 |
| 5.19 | Satzung-Verlängerung Veränderungssperre B-Plan Nr. 238-2 "Bahnhofstraße/Danzstraße"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0428/06 |
| 5.20 | Straßenname
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0366/06 |
| 5.21 | Straßenname
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0423/06 |
| 6 | Einwohnerfragestunde
Der Stadtrat führt gemäß § 27 Abs. 2 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch. | |
| 7 | Anfragen an die Verwaltung | |

8	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
8.1	EinBlick - Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen Interfraktionell WV v. 06.04.06	A0056/06
8.1.1	EinBlick - Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen Interfraktionell	A0056/06/1
8.1.2	EinBlick ins Rathaus	S0175/06
8.2	Zukunft theater für junge zuschauer und Theaterjugendclub CDU - Fraktion WV v. 01.06.06	A0096/06
8.2.1	Zukunft theater für junge zuschauer und Theaterjugendclub	S0179/06
8.3	Mehrgenerationenhaus in Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 06.07.06	A0121/06
8.3.1	Mehrgenerationenhaus in Magdeburg SPD - Fraktion	A0121/06/1
8.3.2	Mehrgenerationenhaus in Magdeburg	S0167/06
8.4	Ortsumgehung Salbke und Westerhüsen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 06.07.06	A0125/06
8.4.1	Stellungnahme zum Antrag A0125/06 Ortsumgehung Salbke und Westerhüsen	S0173/06

8.5	Frankiermaschine SPD - Fraktion WV v. 07.09.06	A0145/06
8.5.1	Frankiermaschine Fraktion future! - die jugendpartei	A0145/06/2
8.5.2	Frankiermaschine	S0182/06
8.6	Änderung der Verkehrsführung zum Kieswerk / Doppelschleuse Rothensee Fraktion Die Linkspartei.PDS WV v. 07.09.06	A0151/06
8.6.1	Änderung der Verkehrsführung zum Kieswerk / Doppelschleuse Rothensee	S0183/06
8.7	Querungshilfe Pfälzer Strasse(Uni-Campus) Fraktion BfM	A0169/06
8.7.1	Querungshilfe Pfälzer Strasse(Uni-Campus) SPD - Fraktion	A0169/06/1
8.8	Abonnement für Schüler-Monatskarte SPD - Fraktion	A0178/06
8.8.1	Abonnement für Schüler-Monatskarte Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0178/06/1
8.8.2	Abonnement für Schüler-Monatskarte	A0178/06/2
8.9	Zukunftsdialog Tourismus für die Landeshauptstadt Magdeburg FDP- Fraktion	A0179/06
8.10	Europäischer Freiwilligenaustausch Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0180/06

8.11	Umbau und Erweiterung Kindertagesstätte Lübecker Str. 12 Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0182/06
8.12	Umbau und Sanierung Kita Skorpionstr. 7 Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0183/06
8.13	Höhere Hundesteuer für Kampfhunde SPD - Fraktion	A0175/06
8.14	Radweg für die Maxim-Gorki-Straße CDU - Fraktion	A0184/06
8.14.1	Radweg für die Maxim-Gorki-Straße Fraktion future! - die jugendpartei	A0184/06/1
8.15	Öffnung von Schuleinzugsbezirken Interfraktionell	A0174/06
8.15.1	Öffnung von Schuleinzugsbezirken Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0174/06/1
8.16	Zukunft Elbauenpark Interfraktionell	A0177/06
8.17	Langer Donnerstag Interfraktionell	A0181/06
8.18	Sanierung "Schulstandorte" über das PPP-Modell	A0187/06
9	Informationsvorlagen	
9.1	Erweiterung der Öffnungszeiten der KJFE auf Sonntage	I0254/06
9.2	Zwischenbericht über den Stand der vorbereitenden Untersuchungen zur Ausweisung eines Anpassungsgebietes in einem Teilbereich der Alten Neustadt	I0258/06

9.3	Information zur Umsetzung des Punktes 3 des Stadtratsbeschlusses Nr.: 498-14(IV)05 - Flughafen Magdeburg GmbH	I0261/06
9.4	Einwohnerversammlung am 27.11.2006 in Buckau Nichtöffentliche Sitzung	I0306/06
10	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
10.1	Grundsatzbeschluss zum Pilotprojekt "Elektronischer Arbeitsplatz für Mandatsträger" BE: Oberbürgermeister	DS0259/06
10.2	MVB Grunderwerb BE: Bürgermeister	DS0421/06
10.3	Bestellung eines Geschäftsführers der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH (NKE) BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0374/06
10.4	Weiterführung PPP-Projekt Schulen - Paket 2 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0405/06
10.5	Weiterführung PPP-Projekt Schulen, Paket 3 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0406/06
10.6	Weiterführung PPP-Projekt Schulen, Paket 4 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0407/06
10.7	Betrauungsvereinbarung mit der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH (MVB GmbH) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0412/06
11	Informationsvorlagen	
11.1	Sachstand Vergabeverfahren PPP Schulen, Los 1	I0268/06

11.2 Forfaitierung von Entsorgungsentgelten mit kommunaler
Ergänzungsabrede/ MHKW Rothensee GmbH

I0279/06

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 40.(IV)Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1	- “ -	- “ -
Zu Beginn anwesend:	40	- “ -	- “ -
Maximal anwesend:	54	- “ -	- “ -
Entschuldigt:	3	- „ -	- „ -

Auf Antrag des Vorstandes des CVJM Magdeburg e.V. nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1211-40(IV)06

Als Nachfolger für Simone Jost als Vertreter des CVJM im Jugendhilfeausschuss wird

Herr Simon Bischoff, wohnhaft Tismarstraße 1, 39108 Magdeburg

benannt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

Antrag des Oberbürgermeisters A0187/06
 Sanierung „Schulstandorte“ über das PPP-Modell
 (mit 2/3 Mehrheit beschlossen) als **TOP 8.18**

2. Zurückgezogene TOP

Die **TOP 5.8.** DS0392/06
 Schulentwicklungsplanung 2007/2008

TOP 5.1. DS0211/06
 Umbau und Erweiterung Kindertagesstätte
 Lübecker Str. 12

TOP 5.2. DS0320/06
 Umbau und Sanierung Kita Skorpionstr. 7

TOP 8.11 A0182/06 – Ausschuss StBV
 Umbau und Erweiterung Kindertagesstätte
 Lübecker Str. 12

TOP 8.12 A0183/06 – Ausschuss StBV
 Umbau und Sanierung Kita Skorpionstr. 7

werden von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der **TOP 8.7.** A0169/06 – Fraktion BfM
 Querungshilfe Pfälzer Straße

wird durch den Einbringer **zurückgezogen**.

3. Hinweise

Als TOP 9.4 liegt ergänzend die I0306/06 vor.

Die TOP 5.6. – DS0383/06 – und 5.7. – DS0384/06 – werden im Zusammenhang beraten.

Die veränderte Tagesordnung wird bei wenigen Enthaltungen einstimmig **bestätigt**.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning gibt eine persönliche Erklärung ab (Anlage 1)

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 38.(IV) und 39. (IV)
Sitzung vom 12./16.10.06
-

Bestätigung des Beschlussprotokolls der 38.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 12. 10. 2006

Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion

TOP 5.17, Seite 35, 5. Absatz

Es muss heißen:

... **(keine** Beauftragung eines Fachgremiums durch den Oberbürgermeister/**Vertreter des Stadtrates in der Findungskommission)**

TOP 5.19, Seite 45, 2. Absatz von unten

Es muss heißen:

... der geplanten **g**GmbH – Bildung ...

TOP 5.19, Seite 47, 3. und 4. Absatz von oben

Es muss heißen:

... des interfraktionellen Antrages A0231/**05** ...

Es muss heißen:

... des Antrages A0231/**05** ...

TOP 6.2., Seite 58

Es muss heißen:

... der Eingangsjahrgang einer Schule mindestens **40** Schüler ...

TOP 7.7., Seite 67, 2. Absatz von unten

Es muss heißen:

... zu keinerlei Verwerfungen **bei der Nutzung durch** ~~in der~~ **die** Bevölkerung geführt...

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 38.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 12. 10. 2006 wird bei 1 Enthaltung einstimmig bestätigt.

Bestätigung des Beschlussprotokolls der 39.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 16. 10. 2006

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion

TOP 8.6., Seite 28

Es muss heißen:

Der Antrag A0063/06 wird, **auf Grund der Ergebnisse der Stellungnahme (Figuren sind noch nicht fertiggestellt)**, durch den Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern **zurückgezogen.**

Redaktionelle Änderung der Fraktion Die Linkspartei.PDS

TOP 5.22., Seite 8, 1. Absatz

Es muss ergänzt werden:

Des Weiteren stellte sie die Frage an die Beigeordnete Frau Bröcker, wo denn die für die KITA Waldschule zusätzlich benötigten 41.600 € denn weggenommen würden.

Die Frage wurde nicht beantwortet.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 39.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 16. 10. 2006 wird bei einigen Enthaltungen einstimmig bestätigt.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat
-

Die TOP 5.1 und 5.2. wurden zurückgezogen.

5.3. Entwurf "Aktionsplan 2006 Luftreinhaltung für den Ballungsraum Magdeburg"

DS0417/06

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, bringt umfassend den Änderungsantrag DS0417/06/1 ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kritisiert in seinen Ausführungen die fehlende Darstellung der erforderlichen Kosten zur Umsetzung des Aktionsplanes. Mit Hinweis darauf, dass allein die Umsetzung des Aktionsplanes für ihn keine großen Erfolgsaussichten zeigen wird legt er dar, dass die Erarbeitung eines entsprechenden Luftreinhalteplanes erforderlich ist. Eine Beschlussfassung zur vorliegenden Drucksache auch unter Beachtung des Änderungsantrages der Fraktion future! – die jugendpartei hält er jedoch für unschädlich.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zur vorliegenden Drucksache und führt Bezug nehmend auf den Änderungsantrag DS0417/06/1 der Fraktion future! – die jugendpartei aus, dass eine Umsetzung zur Errichtung der genannten Umweltzone nicht umsetzbar ist, da der hierfür erforderliche Verwaltungsaufwand zu hoch sei.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz geht in seinen Ausführungen auf den Änderungsantrag DS0417/06/1 der Fraktion future! – die jugendpartei ein und legt Aspekte dar, die gegen eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag sprechen. Insbesondere verweist er darauf, dass der Aktionsplan nicht den Anspruch erhebt, die Problematik der Feinstaubbelastung zu lösen. Im Weiteren verweist er auf die weitere Diskussion auf EU-Ebene zur Feinstaubproblematik und sich daraus ergebende weitere Vorschläge, welche ebenfalls noch zu diskutieren sind.

Abschließend geht er auf den Hinweis des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinsichtlich der fehlenden Kostendarstellung ein und sagt zu, den Stadtrat über die Kosten zu informieren. Insbesondere verweist er darauf, dass die Umsetzung des Aktionsplanes jedoch keine großen Kosten verursacht.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, verweist darauf, dass die Umsetzung des vorliegenden Aktionsplanes auf Grund der derzeitigen Gesetzeslage alles ist, was seitens der Stadt getan werden kann.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, argumentiert nochmals klarstellend zum Änderungsantrag DS0417/06/1.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet seine ablehnende Auffassung zur Drucksache.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage nimmt Bezug auf die Ausführungen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern hinsichtlich der Nichtumsetzbarkeit des Änderungsantrages DS0417/06/1 und legt klarstellend die Zielstellung des Änderungsantrages dar, seitens der Verwaltung eine Drucksache zur Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplanes dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz verweist auf die Zuständigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt S-A für die Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplanes und des Luftreinhalteplanes. Seitens der Stadt Magdeburg kann lediglich auf die Nichtdurchsetzbarkeit von Maßnahmen aufmerksam gemacht werden. Im Weiteren erläutert er die Hintergründe für die Erforderlichkeit der Beschlussfassung im Stadtrat.

Stadtrat Schuster, CDU-Fraktion, spricht sich dafür aus, zunächst die Ergebnisse der Diskussion auf EU-, Bundes- und Landesebene abzuwarten und danach entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke spricht sich für eine Unterstützung des Aktionsplanes aus und begründet die Ablehnung des Änderungsantrages DS0417/06/1.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet seine Enthaltung im Abstimmungsverfahren.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0417/06/1 der Fraktion future! – die jugendpartei

Der Beschlussvorschlag der Drucksache wird mit folgendem Punkt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die in der Information 0231/06 angedachte Umweltzone bis zum Februar 2007 durch eine Drucksache dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen, mit dem Ziel, diese beginnend zum 01.07.2007 in der Landeshauptstadt Magdeburg zu realisieren.

Dabei wird durch uns eine Umsetzung in zwei Schritten vorgeschlagen:

- Ab 01.07.2007 gültig für Fahrzeuge der Euro-Norm 1 und schlechter
- Ab 01.07.2008 gültig für Fahrzeuge der Euro-Norm 2

Als Umweltzone schlagen wir die Innenstadt in folgender Begrenzung vor:

- Östlich des Magdeburger Ringes bis westlich des Schleinuferes
- Südlich der B1 bis nördlich des Hasselbachplatzes

Weitere Inhalte u.a. zur Thematik Ausnahmeregelungen und Öffentlichkeitsarbeit sollten ebenfalls Bestandteil dieser Drucksache sein.

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1212-40(IV)06

Der Stadtrat tritt der Stellungnahme zum Aktionsplan (Anlage zur Drucksache) bei.

5.4.	Verwaltungskostensatzung	DS0251/06
	BE: Bürgermeister	

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Zur Beratung liegen die Änderungsanträge DS0251/06/1 und DS0251/06/2 des Ausschusses FG sowie der Änderungsantrag DS0251/06/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Der Bürgermeister Herr Czogalla bringt die Drucksache DS0251/06 umfassend ein und begründet die Änderungen der Verwaltungskostensatzung. Abschließend bittet er um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache und begründet, dass mit Vorlage des Haushaltsplanes zur Genehmigung auch geprüft wird, ob die Stadt ihrer Verpflichtung zur Einnahmensicherung nachgekommen ist. Dazu gehören auch die Einnahmen aus der Verwaltungskostensatzung.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg informiert klarstellend über das Ergebnis der Behandlung der DS0251/06 im Ausschuss FG und begründet die vorliegenden Änderungsanträge DS0251/06/1 und DS0251/06/2.

Hinsichtlich des Änderungsantrages DS0251/06/2 bringt er eine redaktionelle Änderung ein:

Im 3. Absatz muss es richtig heißen:

... in elektronischer Form...“

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, spricht sich für die Beschlussfassung zur Drucksache unter Beachtung der vorliegenden Änderungsanträge aus.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern kritisiert die Nichterkennbarkeit der tatsächlichen Verwaltungskosten für Bürger auf Grund der Darstellung von Gebühren in Von-Bis-Spannen und verweist speziell zum Punkt 6 des Kostentarifes auf die Auffassung des Ausschusses FG hier seitens der Verwaltung eine konkretisierende Darstellung vorzunehmen.

Bezug nehmend auf die kritische Auffassung des Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Berechnung der Verwaltungsgebühren macht der Bürgermeister Herr Czogalla klarstellende Ausführungen bezüglich der Aufnahme der Von-Bis-Spannen in der Satzung. Hinsichtlich einer konkretisierenden Darstellung dieser Spannen seitens der Verwaltung legt er seine Auffassung dar, dass mit einer Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0251/06/1 des Ausschusses FG ergänzt auf der Grundlage des Änderungsantrages DS0251/06/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dieser Forderung Genüge getan wird.

Gegenstand der weiteren Diskussion ist die seitens des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal in seinen Ausführungen aufgeworfene Frage hinsichtlich der Definition des Begriffes „Grundleistungen“ zu der der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg und der Oberbürgermeister Stellung nehmen.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache und zu den vorliegenden Änderungsanträgen aus.

Im Ergebnis der in der Diskussion geäußerten Auffassungen bringt Stadtrat Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS den GO-Antrag - Rückverweisung der Drucksache in die Verwaltung und entsprechende Überarbeitung – ein und begründet umfassend diesen Antrag.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der GO-Antrag des Stadtrates Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS,

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die vorliegende Verwaltungskostensatzung wird in die Verwaltung zurück überwiesen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt:
 - a) den vorliegenden Entwurf unter Anrechnung der tatsächlichen Verwaltungskosten der Beschäftigten der Stadtverwaltung Magdeburg zu überarbeiten;
 - b) die bürgerrelevanten Leistungen, hier besonders die Leistungen der Ziffern 1 bis 7, 9 und 12, auf die vergleichbaren marktüblichen Angebote zu reduzieren.

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0251/06/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der § 2 Abs. 3 der vorliegenden Verwaltungskostensatzung ist wie folgt zu ergänzen:

„Im Rahmen der von – bis – Spanne ist der Verwaltungsangestellte vor Beginn der Arbeiten verpflichtet, eine schriftlich Aussage über die zu erwartenden Kosten zu treffen.“

Gemäß redaktionell geändertem Änderungsantrag DS0251/06/2 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Die Verwaltungskostensatzung ist wie folgt zu ergänzen:

Bei Tarifstelle 12.4.3, vierter Anstrich muss unter der Aufzählung der Formate DIN A 4 bis DIN A 1 zusätzlich stehen:

„Die Gebühren gelten auch, wenn die jeweiligen Kopien in elektronischer Form (z.B. CD) ausgegeben werden.“

Bei Tarifstelle 12.4.4 muss es am Ende der Überschrift in Klammern zusätzlich heißen:

„(ohne Bauakten und andere überformatige Vorlagen).“

Eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0251/06/1 des Ausschusses FG hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0251/06/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erübrigt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge mit 30 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr: 1213-40(IV)06

Der Stadtrat beschließt die “Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Landeshauptstadt Magdeburg auf den Gebieten des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung)” gemäß Anlage zur Drucksache.

- 5.5. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg DS0375/06
BE: Bürgermeister
-

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1214-40(IV)06

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg für das Geschäftsjahr 2005.

- 5.6. Änderungssatzung zur Vergnügungssteuersatzung für den Zeitraum 01.01.2000 bis 31.12.2006 DS0383/06
BE: Bürgermeister
-

Zur Drucksache DS0383/06 liegt ein Ergänzungsblatt vor.

Die Tagesordnungspunkte 5.6 und 5.7 werden im Zusammenhang beraten.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung der DS0383/06 und die Beschlussfassung der DS0384/06 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0384/06/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung der DS0383/06 und der DS0384/06.

In seinen umfassenden Ausführungen zur DS0383/06 nimmt der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann Bezug auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Magdeburg in einem Klageverfahren eines Automatenaufstellers, in dem Teile der Vergnügungssteuersatzung als rechtswidrig bezeichnet wurden. Im Weiteren begründet er ausführlich bestehende Bedenken hinsichtlich einer rückwirkenden Satzungsänderung. Stadtrat Dr. Kutschmann empfiehlt eine Überarbeitung der Satzung und legt dar, der heute vorliegenden Satzung so nicht zustimmen zu können.

Bezug nehmend auf die DS0384/06 bezeichnet er die aufgeführten Prozentsätze bei der Erhebung von Vergnügungssteuern als zu hoch und empfiehlt auch hier eine Überarbeitung der Satzung.

Der Bürgermeister Herr Czogalla geht auf die Ausführungen des Stadtrates Dr. Kutschmann ein und macht klarstellende Ausführungen zu den vorgelegten Satzungen. Insbesondere begründet er die rückwirkende Satzungsänderung gemäß DS0383/06.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet in seinen Ausführungen seine Bedenken hinsichtlich der rückwirkenden Satzungsänderung.

Gegenstand der weiteren Diskussion, in der Vertreter der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion sowie der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz Stellung nehmen, bildet der rechtliche Hintergrund.

Der Stadtrat **beschließt** mit 45 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1215-40(IV)06

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 04.06.1998 und 06.12.2001 mit der in der Anlage 2 der Drucksache beigefügten Änderungssatzung für den Zeitraum 01.01.2000 bis 31.12.2006.

5.7. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung ab dem 01.01.2007 DS0384/06
BE: Bürgermeister

Gemäß Änderungsantrag DS0384/06/1 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat bei 2 Enthaltungen einstimmig:

Im § 10 Abs. 6 sind die Worte **in geschlossenen Räumen** zu streichen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0384/06/1 des Ausschusses KRB mit 49 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1216-40(IV)06

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Neufassung der Vergnügungssteuersatzung ab dem 01.01.2007 in der Anlage 1 der Drucksache beigefügten Fassung.

Der TOP 5.8. wurde **zurückgezogen**.

- 5.9. Übertragung der kommunalen KJFE "Haus Thieberg" an den freien Träger -aktion musik- DS0311/06
 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1217-40(IV)06

1. Auf entsprechenden Antrag hin wird dem in Magdeburg ansässigen Träger der freien Jugendhilfe -aktion musik- Gesellschaft zur Förderung junger Musiker e. V. ab dem 01.01.2007 die Betreuung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung (KJFE) „Haus Thieberg“ (Standort: Alt Salbke 30 in 39122 Magdeburg) übertragen.
2. Die KJFE „Haus Thieberg“ wird ab dem Übertragungszeitpunkt (01.01.2007) entsprechend der gültigen Fachförderrichtlinien des Jugendamtes gefördert. In Ausgestaltung des § 74 Abs. 3 SGB VIII wird im Hinblick auf die Höhe der Förderung in 2007 als maximale Obergrenze für die Anerkennung als zuwendungsfähige Gesamtkosten die Höhe jener Kosten festgeschrieben, die bisher im Rahmen der kommunalen Betreuung der Einrichtung entstanden sind, abzüglich der Summe, welche aus der Stundenreduzierung des Personals resultiert.
3. Die zur Förderung der Personalkosten zum Betreiben der Einrichtung „Haus Thieberg“ notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von voraussichtlich 44.700,00 EUR werden aus den Haushaltsstellen im DKPK 4 des Unterabschnittes 1.46000 „Einrichtungen der Jugendarbeit“ in die Haushaltsstelle 1.46000.718000.8 „Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche“ umverteilt. Die Differenz von voraussichtlich 7.690,00 EUR, die sich zu einer Vollzeitstelle mit 40 Stunden/Woche ergibt, wird der Umsetzung der Drucksache 0575/05 „BIB Magdeburg“, Beschluss-Nr. des Stadtrates 880-28(IV)06 vom 09.02.2006 zugeführt.
4. Zur Realisierung des unter Punkt 1. gefassten Beschlusses wird dem genannten Verein die Liegenschaft Alt Salbke 30 in 39122 Magdeburg unentgeltlich zur Nutzung als KJFE auf der Grundlage eines Leihvertrages überlassen. Dabei erfolgt eine Nutzungsbeschränkung auf die im Erdgeschoss befindlichen Räume der Immobilie. Das vorliegende Konzept der Einrichtung ist fortzuführen und zu qualifizieren.

5. Nach einer endgültigen Bestätigung des Gesamtkonzeptes (Nutzung, Finanzierung) zur Betreuung eines Bürgerhauses am Standort in der Greifenhagener Straße 7 oder an einem anderen Standort in den Stadtteilen Salbke/Fermersleben/Westerhüsen ist das Jugendhilfeangebot vom „Haus Thieberg“, Alt Salbke 30 in 39122 Magdeburg, in der neuen Liegenschaft zu integrieren. Bei der Liegenschaftsüberlassung gemäß Beschlusspunkt 3. ist das Vorgenannte im Hinblick auf die Beendigung der Überlassung zu berücksichtigen.

- 5.10. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. DS0163/06
268-1 "Neuprester"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1218-40(IV)06

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:

- Im Norden durch die nördliche Böschungskante des Grabens, der die Siedlung an der Brückenbreite und Braunsfelde südlich begrenzt durch die nördliche Flurstücksgrenze der Flurstücke 2068 und 2103 in der Flur 0757.
- Im Osten durch die westliche Grenze des Flurstücks 2559 und die Verlängerung der östlichen Grenze des Flurstücks 4505 im Flurstück 4501 in der Flur 0757.
- Im Süden durch die südliche Grenze des Flurstücks 4501 in der Flur 0757.
- Im Westen von der westlichen Straßenseite des Klusdammes.

wurde vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 16.08.2001 (Beschluss-Nr. 1333-36(III)01) der Beschluss zur 1. Änderung der Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet "Neuprester" - Plan Nr. 268-1 - Änderung des Geltungsbereiches und der Planziele gefasst. Dem ging ein Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet "Neuprester" - Plan Nr. 268-1 vom 15.09.1994 (Beschluss-Nr. 099-3(II)94) voraus. Diese Beschlüsse werden gem. § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:
Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist der Bereich als Wohnbaufläche ausgewiesen.
Vorgesehen ist die städtebauliche Neuordnung eines Teils der Betriebsbrache "Obstbau Prester" zu einem Wohngebiet.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung erfolgen.

5.12. Öffentliche Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 428-3 "Mercurweg" DS0302/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1220-40(IV)06

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 428-3 „Mercurweg“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
Es wurde eine Umweltprüfung gemäß §2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2a Satz 3 BauGB bildet der Umweltbericht einen gesonderten Teil der Begründung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 428-3 „Mercurweg“ ist mit der Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig zum Auslegungsverfahren zu beteiligen. Sie sind gem. § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen.

- 5.13. Satzung der vereinfachten 1. Änderung des Bebauungsplanes DS0337/06
 Nr.250-1 "Kleiner Stadtmarsch/Stadtpark"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages DS0337/06/1.

Gemäß Änderungsantrag DS0337/06/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich:

Im Planteil B Textliche Festsetzungen in § 3 ist zu ergänzen:

Die maximale Höhe von Mauern und anderen geschlossenen Einfriedungen darf von der privaten Grünfläche nach Osten und Süden 0,7 m nicht überschreiten.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0337/06/1 des Ausschusses StBV mit 48 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1221-40(IV)06

1. Gemäß § 1 Abs. 3 und 8 in Verbindung mit § 13 BauGB wird der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 250-1 "Kleiner Stadtmarsch / Stadtpark" in einem Teilbereich vereinfacht geändert. Die Änderung betrifft Flur 0141 mit den Flurstücken 82/3, 82/5 und 83/4 mit insgesamt 1.158 m². Eine Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit, den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 BauGB ist erfolgt.
2. Der Berücksichtigung der Stellungnahme der betroffenen Öffentlichkeit, den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird zugestimmt, es sind keine Einzelbeschlüsse zu fassen.
3. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 09. 11. 2006 den Bebauungsplan Nr. 250-1 "Kleiner Stadtmarsch / Stadtpark" bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
4. Die Begründung wird gebilligt.

5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Beschluss über die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.
Die Satzung über den Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

5.14. Vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" mit integrierter örtlicher Bauvorschrift DS0338/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1222-40(IV)06

Der seit dem 30.01.2004 rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt", mit integrierter örtlicher Bauvorschrift soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch geändert werden.

1. Ziel der Änderung ist die Aufhebung der Belastung der Baugebietsfläche mit einem Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit, Fahrrecht zugunsten der Anlieger und Leitungsrecht zugunsten der Träger der Ver- und Entsorgung" für das Flurstück 10133 der Flur 504. Das Planungsziel steht nicht im Widerspruch zum Flächennutzungsplan.
2. Der Entwurf und die Begründung zur vereinfachten Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" werden in der vorliegenden Fassung gebilligt. Der Entwurf und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB ist bei der Auslegung darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.
3. Gemäß § 4a BauGB erfolgt die Beteiligung der von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes (§ 3 Abs. 2 BauGB).
Die Benachrichtigung über die öffentliche Auslegung erfolgt gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB.
4. Der Beschluss zur öffentlichen Auslegung der vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes sowie Ort und Dauer sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 5.15. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 134-1 DS0347/06
 "Insleber Straße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1223-40(IV)06

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 21.05.1992 mit Beschluss-Nr. 219-27(I)92 für das Gebiet, das umgrenzt wird:
 - im Norden durch den Neustädter Friedhof,
 - im Osten durch die Lübecker Straße und die Einmündung Agnetenstraße / Lüneburger Straße,
 - im Süden durch die Eisenbahn und teilweise die Agnetenstraße,
 - im Westen durch den Meitzendorfer Damm und die Faule Renne,beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird gemäß § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben. Die Aufhebung erfolgt gemäß § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren, da keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von Schutzgütern im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB bestehen. Auf die Durchführung einer Umweltprüfung und die Erstellung eines Umweltberichts wird verzichtet.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan ist ortsüblich bekannt zu machen.

- 5.16. Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8" DS0346/06
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 49 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1224-40(IV)06

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.93 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 09. 11. 2006 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 „Lübecker Straße 8“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), einschließlich dem Vorhaben- und Erschließungsplan als Satzung beschlossen.
2. Die Begründung und die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB werden gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

- 5.17. Vorentwurf B-Plan 235-3 "Neustädter Straße / An der Magdalenenkapelle" DS0348/06
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

§ 2

Die Veränderungssperre erstreckt sich auf das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden durch die nördliche Begrenzung der Verkehrsfläche Neustädter Straße (tlw. Flurstück 1795), durch die nordöstliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1796 der Flur 145 und durch die nördliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1811 der Flur 145,
- im Osten durch die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1811 der Flur 145, durch die östliche Flurstücksbegrenzung des Flurstücks 1796 der Flur 145 sowie der Verlängerung dieser Flurstücksgrenze in Richtung Süden,
- im Süden durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1801 der Flur 145, durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1196 der Flur 145 sowie der Verlängerung dieser Flurstücksgrenze in Richtung Osten,
- im Westen durch die östliche Begrenzung der Verkehrsfläche Jakobstraße.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieser Satzung bildet, dargestellt.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen:

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Die Veränderungssperre tritt am Tage der Bekanntmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg in Kraft.

Sie tritt nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft.

5.19. Satzung-Verlängerung Veränderungssperre B-Plan Nr. 238-2 DS0428/06
 "Bahnhofstraße/Danzstraße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1227-40(IV)06

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt aufgrund des § 17 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2141) in der zuletzt geänderten geltenden Fassung und des § 6 Abs.1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GOLSA) vom 05.10.1993 (GVBl. S. 568) in seiner Sitzung am 09.11.2006 folgende Satzung:

§ 1

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Magdeburg hat am 04.02.1993 beschlossen, für das Gebiet "Bahnhofstraße/Danzstraße" einen Bebauungsplan aufzustellen. Zur Sicherung der Planung hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 02.12.2004 unter der Beschluss-Nr. 261-6 (IV)04) beschlossen, für dieses Gebiet eine Veränderungssperre zu erlassen. Die Veränderungssperre ist mit ihrer ortsüblichen Bekanntmachung am 16.12.2004 über das Amtsblatt Nr. 40 in Kraft getreten.

Zur weiteren Sicherung der Planung wird für das in § 2 näher bezeichnete Gebiet eine Verlängerung der Veränderungssperre um ein Jahr erlassen.

§ 2

Die Verlängerung der Veränderungssperre erstreckt sich auf das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden durch die Danzstraße
- im Osten durch die Otto-von-Guericke-Straße
- im Süden durch die Anhaltstraße
- im Westen durch die Bahnhofstraße.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieser Satzung bildet, dargestellt.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen:

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Die Verlängerung der Veränderungssperre tritt am Tage der Bekanntmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg, frühestens jedoch vom Tage des Fristablaufs der seit dem 16.12.2004 rechtswirksamen Veränderungssperre, in Kraft.

Sie tritt nach Ablauf von einem Jahr, vom Tage des Fristablaufs der seit dem 16.12.2004 rechtswirksamen Veränderungssperre gerechnet, außer Kraft.

5.20. Straßenname

DS0366/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei einer Enthaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 1228-40(IV)06

Der Stadtrat beschließt die Benennung der Erschließungsstraße für das Baugebiet Nr. 268-4 „Steindamm Prester“ von der Luisenthaler Str. als

Schafanger

5.21. Straßename

DS0423/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag DS0423/06/1 seiner Fraktion ein.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Änderungsantrag DS0423/06/1 der CDU-Fraktion und bittet um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Lühr unterstützt ebenfalls den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und regt an, die Ehrung des 1. Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt nicht nur durch die Enthüllung eines Straßenschildes sondern im Rahmen eines feierlichen Aktes durch den Oberbürgermeister einzuleiten.

Gemäß Änderungsantrag DS0423/06/1 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext wird wie folgt neu formuliert:

Der Stadtrat beschließt die Umbenennung der neugestalteten Anlage zwischen dem Breiten Weg, nördlich der Grünen Zitadelle von Magdeburg, und der Verlängerung der Kreuzgangstraße nach Norden in

Erhard-Hübener-Platz.

Der Bereich zwischen dem neubenannten Erhard-Hübener-Platz, nördlich des Landtagsgebäudes und der Regierungsstraße heißt Kreuzgangstraße.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0423/06/1 der CDU-Fraktion bei 2 Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1229-40(IV)06

Der Stadtrat beschließt die Umbenennung der neugestalteten Anlage zwischen dem Breiten Weg, nördlich der Grünen Zitadelle von Magdeburg, und der Verlängerung der Kreuzgangstraße nach Norden in

Erhard-Hübener-Platz.

Der Bereich zwischen dem neubenannten Erhard-Hübener-Platz, nördlich des Landtagsgebäudes und der Regierungsstraße heißt Kreuzgangstraße.

6. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Abs. 2 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

6.1. Frau Wilma Radke, Schenkendorfstraße 24, Magdeburg

Im Dezember soll eine drastische Erhöhung der Hundesteuer beschlossen werden. In der Zeitung war zu lesen, dass man eine Ermäßigung nicht mehr ermöglicht. Ich bin 70 Jahre alt. Mein Mann leidet an Demenz. Ich bekomme eine kleine Rente. Wenn mein Mann ins Pflegeheim muss, bleiben mir nur noch 200 Euro zum Leben von unserer gemeinsamen Rente. Mit dieser Rente kann ich die Steuer nicht mehr bezahlen, kann ich meinen Hund nicht mehr finanzieren, verliert mein Leben seinen Sinn. Meine Frage an Sie: Wie soll ich die erhöhte Hundesteuer noch bezahlen? Wenn ich sie nicht bezahlen kann, werde ich gezwungen, meinen Hund abzugeben? Wer nimmt in diesem Fall meinen Hund auf? Im Tierheim werden nur ausgesetzte Tiere aufgenommen. Das können Sie doch nicht ernsthaft von den Bürgern verlangen. Darauf hätte ich gerne eine schriftliche Antwort.

Antwort des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper weist in seiner Antwort auf die noch ausstehenden Beratungen der Drucksache in den Fachausschüssen und im Stadtrat am 07.12.06 hin.

Es sei auch davon auszugehen, dass es an der Drucksache möglicherweise noch Änderungen durch Änderungsanträge geben wird.

Er stellt aber klar, dass es Einzelfallregelungen für Bürger in Notlagen geben kann. Er fordert die Fragestellerin auf, nach Inkrafttreten der Satzung einen entsprechenden Antrag bei der Verwaltung zu stellen und sichert eine entsprechende Einzelfalllösung zu.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden, Herrn Dr. Hildebrand, bestätigt die Fragestellerin die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage.

6.2. Herr Sven Kästner, Gareisstraße 16, Magdeburg

Ich komme aus Magdeburg, habe mich zwar politisch doch ein bisschen zurückgezogen, aber, wie das so ist, man kann sich ja doch nicht überall heraushalten, vor allem, wenn sein Interesse in China liegt. Und so ist auch mein Anliegen heute nach der Frage zwischen der Partnerschaft Magdeburg und Harbin in China, in wie fern es da nähere Informationen gibt, wie ich diese einsehen kann und in wie fern man dort evtl. mitarbeiten kann, seine Ideen, seine Erfahrungen, die man bereits in China gesammelt hat, mit einbringen kann. Man möchte ganz gerne mitwirken.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Herrn Dr. Puchta

Der Beigeordnete führt in seiner Antwort aus, dass die Landeshauptstadt erst am Beginn dieser Städtepartnerschaft steht. Das bedeutet, dass eine entsprechende Drucksache derzeit in seinem Dezernat erarbeitet wird und im Stadtrat darüber befunden werden wird, ob eine formelle Partnerschaft mit der Stadt Harbin im Nordosten von China geschlossen werden soll.

Nach einer derartigen Beschlussfassung im Stadtrat wird diese Partnerschaft dann inhaltlich auszugestalten sein.

Er schlägt vor, dann einen Termin zu vereinbaren, bei dem inhaltliche Fragen besprochen werden können.

Herr Dr. Puchta sichert zu, entsprechendes Informationsmaterial dem Fragesteller zukommen zu lassen.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden, Herrn Dr. Hildebrand, bestätigt der Fragesteller die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage.

6.3. Herr Karl-Heinz Werner, Vorsitzender vom Hundesportverein Ottersleben

Ich möchte nur mal auf eines hinweisen. Warum wird bei uns in der Stadt immer etwas vorgetragen, entschieden, ohne mit den Fachleuten darüber zu sprechen? Wir haben schon mal hier in diesem Raum gesessen, von der CDU organisiert ein Hundeforum. Da saßen 6 Mann vorne, nicht einer hatte einen Hundt. Aber man hat ein Hundeforum gemacht. Und jetzt kommt das gleiche wieder. Mit der neuen Formulierung, die wir haben, öffnen wir Betrug Tür und Tor. Ich habe eine Oma, die wohnt in Schleibnitz. Also melde ich meinen Hund in Schleibnitz an. Da zahle ich vielleicht 30 Euro Hundesteuern. Oder den zweiten Hund, den ich habe, den hat mein Bruder, der wohnt in Osterweddingen. Da brauche ich überhaupt keine Steuern mehr bezahlen, weil die ja das bezahlen. Aber unsere Vereine gehen kaputt.

Wir sind Sportler und wir nehmen an Landesmeisterschaften, deutschen Meisterschaften und, wer die Zeitung gelesen hat, sogar an Weltmeisterschaften teil. Aber das wird nirgendwo berücksichtigt. Ich weiß, dass ich für das, was ich jetzt sage, bei einigen in Misskredit gerate. Aber zu DDR-Zeiten war das so, da haben wir eine Liste gemacht von dem Verein, die wurde abgegeben, wo nur die aktiven Hundesportler aufgezeichnet wurden. Die hatten 50 Prozent Ermäßigung. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen nur nicht noch höher eingestuft werden.

Antwort des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper unterstreicht in seinen Ausführungen die Notwendigkeit, bei Entscheidungen Fachleute hinzuzuziehen. Die sei auch gängige Praxis in der Verwaltung.

Er weist aber auch darauf hin, dass die öffentliche Diskussion zur Erhöhung der Hundesteuern mit Einbringung der Drucksache eröffnet sei und lädt alle interessierten Bürger ein, an den Beratungen der Vorlage in den öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse teilzunehmen

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden, Herrn Dr. Hildebrand, bestätigt der Fragesteller die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage.

7. Anfragen an die Verwaltung

7.1. Schriftliche Anfrage (F0206/06) des Stadtrates Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Baumfällungen bei Entkernungsarbeiten der GWG „Reform“ vor dem Kloster „Unser lieben Frauen“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
im Zuge der grundhaften Sanierung der Wohnblocks der GWG Reform wurden bestehende Baumbepflanzungen in Mitleidenschaft gezogen.

Ich frage Sie, Herr Oberbürgermeister:

1. Ist von der Stadtverwaltung eine Genehmigung einer Baumfällung im Zuge der Baumaßnahmen erteilt worden?
2. Gibt es konkrete Auflagen zur Ersatzpflanzung nach der Fertigstellung der Baumaßnahmen?

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung, Herrn Platz

Herr Platz weist in seiner umfassenden Antwort darauf hin, dass es sich vorliegend um zwei Bereiche handelt. Im Bereich vor dem Gebäude seien Bäume weggenommen worden, die nach Feststellung des Umweltamtes nicht unter den Geltungsbereich der Baumschutzaktion fallen. Es seien auch bestimmte Sträucher entfernt worden, die nicht in den Geltungsbereich der Satzung fallen.

Er führt im Weiteren aus, dass im zweiten Bereich, dem Innenhof, größere Bäume weggenommen wurden, die unstrittig unter die Baumschutzaktion fallen. Hierzu wird eine Fällgenehmigung erteilt, und es werden dementsprechende Ersatzpflanzungen angeordnet werden. Grundlage für die Genehmigung seien entsprechende städtebauliche Planungen. Herr Platz betont, dass hier nur aufgrund dieser Ersatzpflanzungen das Bauvorhaben Vorrang habe.

Auf Nachfrage des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Hildebrand, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

7.2. Schriftliche Anfrage (F0207/06) des Stadtrates Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Sicherung der sichtbaren ehemaligen Klostermauern des Klosters „Unser lieben Frauen“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach Fertigstellung des Klosterumfeldes in diesem Jahr treten besonders bei den sichtbaren ehemaligen Klostermauern, hier links vor dem Kirchportal, Verfallserscheinungen auf. Bevor diese Situation durch Frostschäden eskaliert frage ich Sie, Herr Oberbürgermeister:

1. Ist dieser Zustand der Stadtverwaltung bekannt?
2. Wurden konkrete Auflagen zur Frostsicherheit dieser Anlage bei der Leistungsausschreibung vereinbart?
3. Wenn ja, kann gegen die bauausführende Firma Gewährleistungsanspruch durchgesetzt werden?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Marx

Herr Marx stellt in seiner Antwort klar, dass es sich vorliegend nicht um die Mauer des Klosters handelt, sondern eine Grundmauer eines Wohngebäudes aus dem zweiten Weltkrieg betroffen ist. Die Sanierung wäre für diesen Bereich nicht vorgesehen und könnte erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.

Ergänzend sicher der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zu, dass er das Kommunale Gebäudemanagement beauftragen wird, bei einem Vor-Ort-Termin den Sachstand festzustellen und entsprechende Maßnahmen festzulegen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.3. Schriftliche Anfrage (F0221/06) des Stadtrates Heynemann, CDU-Fraktion

Gastronomische Versorgung im neuen Stadion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

nach Erkenntnissen der CDU-Ratsfraktion wurde mit ihrer Zustimmung die Leistung der gastronomischen Versorgung des im Bau befindlichen neuen Fußballstadions an eine Firma aus Leipzig vergeben.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Gab es Bewerber aus Magdeburg oder der Region, die sich um diesen Vertrag bemüht haben?
2. Wenn ja, was waren die Gründe sich für ein Unternehmen aus Leipzig zu entscheiden?

Neben einer mündlichen Beantwortung, gegebenenfalls im nichtöffentlichen Teil, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper führt aus, dass nach der Konzessionsvergabe durch die Stadt an eine Gesellschaft dieser die Entscheidung über den Betrieb obliegt. Diese Gesellschaft habe nach einem entsprechenden Vergabeverfahren Entscheidungen getroffen.

Nachfrage des Stadtrates Heynemann:

Nur eine Nachfrage. Diejenigen, die mich angesprochen haben, haben gesagt, das ist mit Ihrer Zustimmung erfolgt, das heißt, die Stadt hat 50 Prozent Mitspracherecht an dieser Betreibergesellschaft. Stimmt das oder stimmt das nicht?

Antwort des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper bestätigt dies in seiner Antwort. Er führt aus, dass er Mitglied des Aufsichtsrates sei und als solches bei der Entscheidung über die Vergabe beteiligt gewesen sei. Er betont, dass das Verfahren ordnungsgemäß verlaufen sei. Ausschlaggebend für die Entscheidung seien letztlich wirtschaftliche Belange gewesen.

Auf Nachfrage des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Hildebrand, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

7.4. Schriftliche Anfrage (F0219/06) der Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion

Stand Baugeschehen russisch-orthodoxe Kirche

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Jahr 2002 wurde der Grundstein für den Bau der größten russisch-orthodoxen Holzkirche Deutschlands in Magdeburg gelegt. Nach wie vor ist das Gelände am Haydn-Platz eine Baustelle, das angelieferte Holz ist der Witterung ausgesetzt, ein Baufortschritt nicht erkennbar.

Ich bitte um die schriftliche Beantwortung meiner Fragen:

1. Wann wird das Bauvorhaben fortgesetzt?
2. Wann ist mit der Fertigstellung der Kirche zu rechnen?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Marx

Herr Marx führt aus, dass ursprünglich in dieser Woche die Baugenehmigung erteilt werden sollte.

Allerdings liegen noch Änderungsanträge bezüglich der Statik vor. Diese werden als Einzelabnahmen bearbeitet und Auflage in der Baugenehmigung sein.

Herr Marx verweist auf einen diesbezüglichen Termin mit dem Bauherrn in der Folgewoche.

Auf Nachfrage des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Hildebrand, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch die Fragestellerin bestätigt.

7.5. Schriftliche Anfrage (F0204/06) der Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion i.V.m 7.6. Schriftliche Anfrage (F0215/06) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pavillon am Kloster (F0204/06)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

auf dem Hof des Klosters Unser Lieben Frauen ist ein Pavillon-Neubau entstanden und bereits vor mehreren Wochen übergeben worden: Über seine konkrete Nutzung habe ich bisher keine befriedigenden Antworten erhalten können.

Deshalb bitte ich Sie um eine kurze mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

1. Welche Kosten sind für den Bau entstanden und wie wurde er finanziert?
2. Welchen Zweck hat der Pavillon, d.h. wer wird ihn ab wann wie nutzen?

Touristen-Informationenpunkte am Kloster (F0215/06)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der kürzlich fertiggestellte Touristen-Informationenpunkt unterhalb des Klosters wirft einige Fragen auf, um deren Beantwortung wir bitten:

1. Wer ist Träger des neuen Gebäudes für Touristen-Informationen und wofür wird es genutzt (in Abgrenzung oder Ergänzung zur TIM) ?
2. In welcher Zeit hat dieser Info-Point geöffnet?
3. Wie hoch waren die Investitionskosten für das neue Gebäude und wie hoch sind die zu erwartenden Betriebskosten? Aus welcher Haushaltsstelle werden die Betriebskosten finanziert?

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Herrn Dr. Puchta

Herr Dr. Puchta geht in seiner umfassenden Antwort auf den Sachstand zur Förderung des Pavillon-Neubaus ein.

Er führt aus, dass Projekte in der Innenstadt, beginnend an der Regierungsstraße bis zur verlängerten Leiterstraße und dem Klosterumfeld aus Landesmitteln unter der Maßgabe einer GA-Förderung für touristische Infrastruktur gefördert wurden.

Dabei gebe es insgesamt vier Bausteine. Das seien insbesondere die wegetechnischen Anlagen, Frei- und Grünflächengestaltung und ein touristischer Anteil.

Herr Dr. Puchta erläutert, dass unter dieser Rubrik zwei Dinge ihren Platz gefunden haben: die Busstation und die Toilette und eine Informationsstation. Nutzer dieser Station sei die TIM. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist der Träger.

Diese würde auch die Betriebskosten einstellen als touristische Infrastruktur.

Herr Dr. Puchta geht in seinen weiteren Ausführungen auf die konkret geflossenen Fördermittel ein.

Außerdem würde das Dez. III weitere Nutzer neben der MMKT suchen.

Nachfrage von Frau Paque

Soweit habe ich auch recherchiert. Mit durchaus höheren Herren der MMKT habe ich gesprochen. Da sagte man, wir wollen das nicht nutzen. Wer nimmt denn die Touristen, von denen Sie jetzt gesprochen haben, in Empfang und weil auch die Stadtführer haben mir gesagt, hier sitzt einer, wissen wir gar nichts von. Hier sitzen zwei, die auch noch nicht so recht über dieses Maßnahme oder dieses Projekt informiert worden sind. Wer immt die Touristen in Empfang? Wie darf man sich das praktisch vorstellen?

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Herrn Dr. Puchta

Er führt aus, dass die praktische Handhabung derzeit so geplant sei, dass der Stadtführer, der mit dem Bus und der Reisegruppe kommt, über einen Schlüssel verfügt und in diese Stelle hineinkommt. Dieser Schlüssel wird übergeben.

Auf Nachfrage des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Hildebrand, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage F0204/06 durch die Fragestellerin bestätigt.

Nachfrage von Herrn Wähnelt

Es bliebe nur die Nachfrage, was der Landesrechnungshof dazu sagt.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper verweist in seiner Antwort auf die diesbezügliche Beschlusslage des Stadtrat.

Die ergänzende Antwort auf die Anfrage F0215/06 erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.7. Schriftliche Anfrage (F0209/06) des Stadtrates Schmicker, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Straßenname in der neuen Wohnsiedlung Hans-Löscher-Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die neue Wohnsiedlung Hans-Löscher-Str. soll zum Zeitpunkt 30.11.2006 bzw. 15.12.2006 für 17 Familien bezugsfertig sein.

Bis heute ist der Straßenname noch nicht vergeben, das führt zu Problemen bei der Anmeldung/Ummeldung von Telefon und Internet.

Ich frage Sie, Herr Oberbürgermeister:

Ist es möglich, die Vergabe des Straßennamen in der Dezembersitzung des Stadtrates zu beschließen?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Marx

Herr Marx bestätigt die Vergabe des Straßennamens in der SR – Sitzung am 07.12.06

Auf Nachfrage des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Hildebrand, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

5.8. Schriftliche Anfrage (F0220/06) des Stadtrates Heendorf, CDU-Fraktion

Problematik von Kindesmisshandlungen in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in den vergangenen Wochen und Monaten haben zahlreiche tragische Ereignisse im Zusammenhang mit Kindesmisshandlungen bis hin zu Kindestötungen die deutsche Gesellschaft erschüttert.

Auch vor kurzem wurde in einer Fernsehsendung wieder die Problematik des Verbleibs von Kindern in sogenannten Problemfamilien in Magdeburg thematisiert.

Daher stelle ich Ihnen heute folgende Fragen:

1. Wie viele Fälle von Kindesmisshandlungen in der Landeshauptstadt sind der Stadtverwaltung bekannt?
2. In welchem Umfang, Personalstellen bzw. Anteil der Arbeitszeit, beschäftigten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung mit dieser Thematik?
3. Sieht die Stadtverwaltung die vorhandenen Ressourcen für diesen Bereich als ausreichend zur Bearbeitung dieses Problemfeldes an?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Gesundheit und Jugend, Frau Bröcker

In ihrer umfassenden Antwort stellt Frau Bröcker klar, dass die Landeshauptstadt Magdeburg über eine Statistik zu den Leistungen des Jugendamtes verfügt.

Sie teilte mit, dass gegenwärtig 597 Kinder Hilfe zur Erziehung bekommen, entweder stationär oder ambulant. 28 Sozialarbeiter in den 5 Sozialzentren kümmern sich um diese Fälle kümmern. Sie verweist im Übrigen auf die bereits vorliegende I0248/06, in der aufgezeigt wird, wie das Hilfesystem in Magdeburg überprüft wurde auch im Vergleich zu anderen Großstädten. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Organisations- und die Personalstruktur im Jugendamt ausreichend ist.

Bezüglich der Ressourcen führt Frau Bröcker weiter aus, dass ständig an der Verknüpfung der Hilfe über die fünf Sozialzentren gearbeitet wird. Mit Freien Trägern und KiTas würden Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Deren Mitarbeiter unterliegen einer besonderen Kontrolle und diese Einrichtungen sind verpflichtet sind, Fälle von Kindesmisshandlungen und Verwahrlosung zu melden.

Frau Bröcker stellt fest, dass gegenwärtig wöchentlich etwa 5 Meldungen auch von aufmerksamen Bürgern vorliegen, die der Verwaltung Probleme aus der Nachbarschaft z.B. melden würden. Sie unterstützt diese Bürger ausdrücklich, da das Jugendamt bei der Feststellung von Notlagen auch auf die Hilfe der Bürger angewiesen ist.

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die interne Dienstanweisung, in der ein System festgelegt ist, wann was zu passieren hat.

Auf Nachfrage des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Hildebrand, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

7.9. Schriftliche Anfrage (F0224/06) des Stadtrates Heendorf, CDU-Fraktion

Nichtöffentlichkeit von Drucksachen/Eilvorlagen

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die Drucksache DS0442/06 „Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2005“ wurde durch Sie für die nichtöffentliche Beratung ausgezeichnet. Dieses Vorgehen steht der bisherigen und üblichen Verfahrensweise zur öffentlichen Beratung der jährlichen Prüfberichte in den Vorgängerjahren entgegen.

Sowohl bei der oben genannte Drucksache aber auch bei der Drucksache DS0465/06 „Stellungnahme zum Prüfbericht des RPA zum Sachsen-Anhalt-Tag und Stadtjubiläum Magdeburg 12hundert“ wird den Ausschüssen und dem Stadtrat nicht einmal die sonst übliche 8 Wochenfrist zwischen der Einbringung und der Beschlussfassung gelassen.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Warum wird die DS0442/06 „Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2005“ in Nichtöffentlichkeit behandelt?
2. Warum werden die genannten Drucksachen so kurzfristig in der Beratungsfolge behandelt ohne das wenigstens eine Begründung für die Eilbedürftigkeit durch den Oberbürgermeister erfolgt?

Antwort des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper stellt in seiner umfassenden Antwort klar, dass die DS0442/06 aufgrund eines Versehens als nichtöffentliche Drucksache ausgereicht wurde. Dies würde umgehend korrigiert. Bezüglich der Beratungsfolge führte er aus, dass ihm der Bericht am 17.08.06 überreicht wurde. In den folgenden acht Wochen hat die Verwaltung fristgemäß die Stellungnahme zum Prüfbericht erarbeitet und somit ist der 07.12.06 als Befassungstermin des Stadtrates mit der Drucksache vorgesehen.

Herr Dr. Trümper stellt aber weiterhin fest, dass es dem Stadtrat obliegt, die Befassung auf einen späteren Termin zu verschieben.

Auf Nachfrage des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Hildebrand, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

7.10. Schriftliche Anfrage (F0216/06) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verlängerung Tempo-30-Zone

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

durch die gute Annahme des Touristenanziehungspunktes Hundertwasserhaus kommt es am Fußgängerüberweg Breiter Weg auf Höhe Leiterstraße immer wieder zu brenzlichen Situationen zwischen den die Fahrbahn querenden Fußgängern und dem heraneilenden Autoverkehr. Hierbei ist mir aufgefallen, dass die Straßenbahnhaltestelle sichtmindernd ist und vor allem, dass die Tempo-30-Zone im Breiten Weg in Richtung Allee-Center erst in Höhe der Bärstraße beginnt bzw. ab Ulrichshaus in Richtung Hasselbachplatz ungefähr dort endet.

Wir fragen Sie deshalb an:

1. Sind seitens der Polizei oder Ordnungsbehörden die geschilderten Gefahren ebenfalls erkannt ?
2. Wäre es im Sinne aller Verkehrsteilnehmer nicht sinnvoll, eine Weiterführung der Tempo-30-Zone bis zur ehem. Landeszentralbank/Ecke Danzstraße vorzunehmen und ist dies in naher Zukunft (z.B. Sommer 2007) geplant ?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Marx

Herr Marx führt aus, dass die Problematik in der Verkehrsbehörde geprüft wird.

Nachfrage von Herrn Giefers

Eine kurze spontane Nachfrage. Mir ist aufgefallen, dass rings um das Rathaus herum kleine Aufschriften auf den Gehwegen sind mit einem Blümchen und einem vergleichbaren Wort. Es scheint sich um ein privates Werbeunternehmen für ein Blumengeschäft zu handeln. Es stellt sich natürlich die Frage, ob das eine gängige Werbepaxis ist und auch beabsichtigt ist, das von anderen Geschäften demnächst so zu dulden, oder wird, wie in anderen vergleichbaren Fällen dort auch hinterfragt, ob sich das zu Recht auf dieser Fläche befindet.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.11. Schriftliche Anfrage (F0210/06) des Stadtrates Boeck, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Vorfahrtsregelung Straße Kleiner Werder

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Straße Kleiner Werder biegt von der Zufahrt zum Stadtpark (siehe Luftaufnahme) ab. Anfang des Jahres wurde die Vorfahrtsregelung an dieser Stelle dergestalt geändert, dass nun eine „Rechts- vor- Links“ Situation besteht. Das war offensichtlich gewollt, da ein Schild auf die geänderte Vorfahrtsregelung hinwies. Das Schild wurde dann nach einiger Zeit entfernt. Leider wird die jetzige Situation häufig von den in Richtung Stadtpark fahrenden Fahrzeugen ignoriert. Sich „schnell“ bewegende Fahrzeuge (was eigentlich nicht der Fall sein dürfte, da hier eine Tempo 30 Zone besteht) werden durch Fahrzeuge, die aus dem Kleinen Werder herausfahren, häufig plötzlich zum Abbremsen bewegt, was regelmäßig zu gefährlichen Situationen führt.

Ich frage im Auftrag der Anwohner den Oberbürgermeister:

Kann hier ohne großen Aufwand kurzfristig durch verkehrsberuhigende oder andere Maßnahmen eine Verbesserung herbeigeführt werden, die zum einen die ja schon vorhandene Geschwindigkeitsbegrenzung fördert und zum anderen das Risiko von Zusammenstößen an der besagten Einmündung senkt?

Beigefügte Bilder sollen die Sachlage verdeutlichen.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Marx

In Beantwortung der Anfrage verweist der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx darauf, dass die Problematik bereits bekannt ist. Da der ÖPNV nicht mehr über den Kleinen Werder geführt wird, wurde die Tempo 30-Zone und die Rechts-vor-Links-Situation eingeführt. Unfälle sind bisher nicht bekannt. Er legt dar, dass die bestehende Verkehrssituation hinsichtlich einer möglichen Gefahrenquelle unter Beobachtung bleibt. Sollte während der Beobachtungsphase eine erhöhte Unfallgefahr gesehen werden, würde mit einer Versetzung der Ausschilderung der Tempo 30-Zone reagiert werden.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.12. Schriftliche Anfrage (F0222/06) des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion

Schließung der Sport- und Freizeitanlage Othrichstraße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

durch das Kommunale Gebäudemanagement wurde die Sport und Freizeitanlage in der Othrichstraße für die Öffentlichkeit gesperrt. Darüber wurde ja bereits auch in den Medien berichtet.

Begründet wird dies mit den fehlenden Möglichkeiten zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit.

Nicht nur, dass durch die Schließung der Bürgerschaft ein wertvoller Ort zur Freizeitgestaltung genommen worden ist, sondern es wurde auch gegen den Grundsatz verstoßen, dass Sportstätten auch nach Schulschließungen weiter offen gehalten werden sollen.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wer hat die Schließung der Sport- und Freizeiteinrichtung in der Othrichstraße veranlasst?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, dass diese Einrichtung durch den Bürgerverein Neustädter Feld, gegen eine kleine Aufwandsentschädigung, betreut werden kann?

Antwort des Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper versichert, den Leiter des Kommunalen Gebäudemanagements zu beauftragen mit dem Bürgerverein ein Gespräch zu führen und einen entsprechenden Lösungsvorschlag vorzulegen. Über das Ergebnis wird der Oberbürgermeister informieren.

Die Beantwortung erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.13. Schriftliche Anfrage (F0211/06) des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Namen des Städtischen Klinikums

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Bei einer Fraktionssitzung, die wir im Städtischen Klinikum durchgeführt haben, erfuhren wir, dass dem Walter-Friedrich-Krankenhaus der Namen verlustig gegangen sein soll. Als Begründung dafür wurde uns genannt, dass bei der Zusammenführung der Krankenhäuser Altstadt und Olvenstedt die Bezeichnung beider durch den Namen „Städtisches Klinikum“ abgelöst worden sei.

Da für die Namensgebung in Magdeburg der Stadtrat zuständig ist, bitte ich Sie höflich um Stellungnahme, wieso Sie diese de facto Namensänderung auf kaltem Wege zugelassen haben. Walter Friedrich war ein national und international angesehener Arzt, der in Salbke bei Magdeburg geboren wurde, und dessen Ansehen noch heute hoch ist.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

In ihren Ausführungen verweist die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker auf den Beschluss des Stadtrates zur Namensführung des Städtischen Klinikums. 1994 hat der Stadtrat beschlossen, dass die beiden kommunalen Krankenhäuser Olvenstedt und Altstadt ab 1. 7. als Städtisches Klinikum geführt werden und in der Eigenbetriebsatzung im Jahr 2000 wurde dies auch so beschlossen. Sie führt aus, dass diese Thematik, wenn es so gewollt ist, nochmals aufgegriffen werden könnte.

Nachfrage von Stadtrat Brüning:

In diesen Beschlüssen steht nicht, dass das Krankenhaus in Olvenstedt nicht mehr den Namen „Walter Friedrich“ trägt, sondern es geht davon aus, dass es Städtisches Klinikum heißt. Zum Städtischen Klinikum haben gehört Vogelsang, Altstadt und Walter-Friedrich-Krankenhaus. Und wenn Sie denn weiter also zitieren aus Unterlagen der Stadtverwaltung, so muss ich sagen, hat der Stadtrat hier auch beschlossen, beispielsweise bei der Vergabe der Rettungsdienstleistungen, dass das Walter-Friedrich-Krankenhaus ein Standort ist. Hierzu gibt es die entsprechenden Drucksachen. Wenn dies nicht mehr gewollt ist, sollte ein Antrag der Verwaltung zur Umbenennung eingebracht werden. Aber sozusagen auf diesem Wege eine Drucksache, wo das nicht erwähnt wird, zu beschließen und dann hat es den Namen nicht mehr, das halte ich für unlauter.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker widerspricht den Ausführungen des Stadtrates Brüning und führt aus, dass mit Beschluss zur Eigenbetriebssatzung im § 2 dieser Satzung festgelegt wurde, der Eigenbetrieb führt den Namen Städtisches Klinikum. Insbesondere verweist sie darauf, dass nicht mutwillig der Name Walter-Friedrich-Krankenhaus entfernt wurde. Zur Namensführung Städtisches Klinikum gibt es eine Beschlusslage und auf dieser Grundlage wird die Namensnennung auch so im Schriftverkehr des Städtischen Klinikums seit der Zeit geführt.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass es unproblematisch sei, bei einer Stadtratsmehrheit einen entsprechenden Beschluss zur Beibehaltung des Namens Walter-Friedrich-Krankenhaus herbeizuführen. Wenn dies einhelliger Wille des Stadtrates ist, wird diese Namensbenennung beibehalten.

Auf Nachfrage des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Hildebrand, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

7.14. Schriftliche Anfrage (F0212/06) des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Vereinbarung über den Übergang der Trägerschaft von ABM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Bei der Behandlung des Haushaltes 2007 ist uns aufgefallen, dass zwischen der Verwaltung und der AQB bzw. der GISE eine Vereinbarung über den Übergang der Trägerschaft der Fachämter der Stadtverwaltung über ABM auf die beiden AB-Gesellschaften abgeschlossen worden ist. Das begrüßen wir grundsätzlich, doch möchten wir den Inhalt der Vereinbarung auch kennen.

- a) Haben Sie vorgesehen, die Fraktionen des Stadtrates die Vereinbarung zur Kenntnis zu geben?

- b) Was tun Sie, um die Anzahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weiterhin auf dem Niveau zu halten, wie es mit der Arbeitsmarktstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg beschlossen worden ist?
- c) Am 6.7.2006 hat der Stadtrat beschlossen: *„Die Planung der jährlichen Maßnahmen der Beschäftigungsförderung im Bereich der Verwaltung und der AB-Gesellschaften ist mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Beschäftigungspolitik (RWB) zeitnah zu beraten. Über die Planungen der Beschäftigungsförderung im Bereich der freien Träger ist der Ausschuss RWB zeitnah zu informieren.“*
Haben Sie vorgesehen, die Planungen für das Jahr 2007 demnächst dem Ausschuss vorzustellen? Das wäre zur Untersetzung der Darstellung im Punkt 1.5 der Begründung zum Haushaltsplan 2007 sicher notwendig.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker informiert, dass seit 2006 die AB-Maßnahmen der Ämter über AQB und GISE durchgeführt werden. Seitens der Verwaltung war auch ursprünglich geplant, dazu eine Vereinbarung mit der AQB und der GISE abzuschließen. Auf Grund von Hinweisen der Steuerberater beider Gesellschaften, dass das steuerrechtlich relevant ist, wurden diese Vereinbarungen nicht geschlossen. Die steuerrechtliche Relevanz ergibt sich daraus, dass bei der Verabredung eines Leistungsaustausches diese Maßnahmen umsatzsteuerpflichtig werden und somit einen höheren finanziellen Aufwand beanspruchen.

Im Weiteren verweist sie auf die im letzten Jahr im Stadtrat behandelte Strategie zur Arbeitsmarktpolitik. Diese gilt als Grundlage für die Verhandlungen und Gespräche mit der ARGE. Im Ergebnis der Verhandlungen ist zu prüfen, wie das im nächsten Jahr umgesetzt werden kann. Hierzu wird dem Stadtrat eine entsprechende Information gegeben. Gegenwärtig ist es so, dass das Volumen, was nächstes Jahr für Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung stehen wird, der ARGE noch nicht in Gänze bekannt ist und der Stadt Magdeburg auch noch nicht das Eingliederungskonzept der ARGE bekannt ist. Die Vorlage dieses Konzeptes wurde seitens der Geschäftsführung noch für dieses Jahr zugesagt und sobald es vorliegt, erfolgt eine Vorstellung des Konzeptes in den Ausschüssen und im Stadtrat.

Nachfrage des Stadtrates Brüning:

Was bedeutet zeitnah? Und was wird jetzt mit den Haushaltsmitteln für das kommende Jahr? Das heißt also, die sachlichen Anordnungen dafür müssten doch also auch zugeführt werden.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker stimmt dieser Auffassung zu verweist aber darauf, dass die erforderlichen finanziellen Mittel im Bundeshaushalt eingestellt werden und somit seitens der Stadt Magdeburg keine Einflussnahme besteht.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

7.15. Schriftliche Anfrage (F0214/06) der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Nutzung von E-Maildiensten des Landesbildungsservers durch Magdeburger Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Mit dem Erlass des Kultusministeriums über die Nutzung von E-Mail-Diensten des Landesbildungsservers vom 18.12.2004 wurden alle Schulen aufgefordert, bis zum 31. Mai des vergangenen Jahres eine Freischaltung der Schulleiteradresse zu veranlassen und diese zweimal wöchentlich abzufragen. Über diesen Weg sollte der Informationsfluss von der Schulbehörde zu den Schulen beschleunigt und effektiviert werden. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Erlasses verfügten nicht alle Schulen in den Schulsekretariaten über die entsprechende Hard- und Software.

Auf der Schulseite des Landesbildungsservers ist derzeit zu erfahren, dass von 81 Schulen der Stadt insgesamt 37 ihre Daten noch nicht aktualisiert haben. Darunter sind 11 Grundschulen, 5 Sekundarschulen, aber auch ein kommunales Gymnasium und eine IGS. Die Daten sollen auf der Grundlage des Schuljahres 2006/07 basieren

In der Annahme, dass diese Angaben dennoch unvollständig sind, frage ich den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Schulen der Stadt Magdeburg verfügen bisher nicht über die erforderliche Technik, um am elektronischen Informationsdienst teilzunehmen?
2. Welche Schulformen sind davon in welchem Maße betroffen?
3. Welche Gründe gibt es dafür und bis wann sind die Missstände gegebenenfalls behoben?
4. Wie nutzt die Verwaltung solche elektronischen Informationswege?

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch informiert zu den Fragen 1 - 3, dass sämtliche Schulen über die entsprechende Technik verfügen, die Nutzung aber in Verantwortung der Schulleitungen liegt.

Zur Frage 4. Die Verwaltung nutzt im Rahmen der dienstlichen Zwecke den elektronischen Informationsweg etwa im Bereich der Konzepte zum Ganztagschulprogramm etc.

Nachfrage von Stadträtin Frau Dr. Hein

Dann interessiert mich natürlich, wie das bei den Schulen, wo drinsteht, dass sie vielleicht ihre E-Mails nicht abrufen, ob es da irgend welche Rückmeldungen gibt, dass sich Schulen mal nicht zurückgemeldet haben, weil sonst ist zumindest diese Information auf dem Landesbildungsserver falsch und dann wäre es, glaube ich, auch unsere Aufgabe, bzw. die der Verwaltung, die Schulleiter anzuhalten, das schnellstens zu aktualisieren.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Der Beigeordnete Herr Dr. Koch sagt zu, die Schulleitungen nochmals entsprechend zu informieren und darauf aufmerksam zu machen, zukünftig aktiv mit der vorhandenen Technik umzugehen.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch die Fragestellerin bestätigt.

7.16. Schriftliche Anfrage (F0228/06) des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion

Unregelmäßigkeiten der finanziellen Abrechnung anlässlich der Feierlichkeiten der Stadt im Jahr 2005

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in einem Pressebeitrag der Volksstimme ist von Strafanzeigen gegen Unbekannt wegen angenommener Unregelmäßigkeiten der finanziellen Abrechnung anlässlich der Feierlichkeiten der Stadt Magdeburg im Jahr 2005 die Rede. Nun ist bekannt geworden, dass die Strafanzeige gegen den Oberbürgermeister gerichtet ist.

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Was ist dem Oberbürgermeister darüber bekannt?
2. Gegen welche konkreten "Unregelmäßigkeiten" richten sich die Anwürfe?

Ich bitte um Beantwortung der Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Zu Beginn seiner Ausführungen bestätigt der Oberbürgermeister, dass ein Mitglied des Stadtrates gegen ihn Strafanzeige wegen Veruntreuung von Steuergeldern erhoben hat.

In seiner weiteren umfassenden Antwort geht der Oberbürgermeister auf die Hintergründe des Sachverhalts ein.

Er weist darauf hin, dass mit Beschluss-Nr. 968(32)IV/06 das Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung der Abrechnungen des Stadtjubiläums und des Sachsen-Anhalt-Tages beauftragt wurde. Dieser Prüfbericht wurde zeitgleich ihm und dem Stadtratsvorsitzenden am 08.09.06 übergeben. Innerhalb von sechs Wochen musste nunmehr die Stellungnahme der Verwaltung und der Prüfbericht als Drucksache dem Stadtrat vorgelegt werden.

Herr Dr. Trümper stellte weiterhin fest, dass im MDF.1 bereits am 22.09.06 über den nichtöffentlichen Prüfbericht berichtet wurde. Auf Nachfrage beim Stadtratsvorsitzenden erklärte

dieser ihm, dass er den Prüfbericht zum Zeitpunkt der Sendung lediglich an Stadtrat Heendorf auf dessen ausdrückliche Bitte ausgehändigt habe, da dieser den Bericht schon kannte. Es ist nach Auffassung des Oberbürgermeisters davon auszugehen, dass Stadtrat Heendorf diesen Bericht dem Fernsehsender übergeben hat.

In seinen weiteren Ausführungen nimmt Herr Dr. Trümper Bezug auf einzelne Punkte der inzwischen vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht.

Er verweist darauf, dass entgegen der Beschlussfassung im Stadtrat die geplante Ausgabensumme für das Stadtjubiläum überschritten wurde und begründet dies. Gleichzeitig flossen aber aus ca. 250 Maßnahmen erhöhte Einnahmen dem Stadthaushalt zu, sodass insgesamt beim Stadtjubiläum ca. 99.000 Euro vom städtischen Anteil übrig geblieben seien.

Der Sachsen-Anhalt-Tag sei insgesamt teurer geworden.

Der dafür vom zuständigen Beigeordneten ordnungsgemäß gestellte Antrag auf überplanmäßige Ausgaben ist vom Bürgermeister genehmigt worden.

Herr Dr. Trümper stellt im Weiteren fest, dass Stadtrat Heendorf in der heutigen Pressekonferenz eine Liste von Firmen, die angeblich Aufträge der Stadt erhalten sollten, diese aber nie bekommen hätten, vorgelegt habe.

Er führt aus, dass diese Liste Anlage einer entsprechenden Stellungnahme der Verwaltung S0172/05 vom 27.06.05 sei. Sie enthalte eine namentliche und prozentuale Auflistung der Firmen, die 2004/2005 bereits Aufträge erhalten hatten.

Herr Dr. Trümper stellt im Weiteren klar, dass alle von Stadtrat Heendorf in dieser Liste gekennzeichneten und angezweifelte Aufträge schriftlich und damit nachweisbar vorliegen. Insbesondere gilt dies für Aufträge an MDF.1, Eulenspiegel, Multimedia etc.

Abschließend weist der Oberbürgermeister die gegen ihn erhobenen Vorwürfe entschieden zurück und weist darauf hin, dass er sich gegen die Strafanzeige rechtliche Schritte vorbehält.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

7.17. Schriftliche Anfrage (F0229/06) des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion

Bauzaun am Marietta-Block

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor etwa einem Jahr wurde von einem Stadtratskollegen schon einmal auf die Problematik des Bauzauns im Bereich der Baustelle Marietta-Block hingewiesen. Zum damaligen Zeitpunkt waren die Ausgrabungsarbeiten der Bodendenkmalpflege noch nicht beendet, wodurch eine Versetzung des Bauzauns nicht möglich war.

Mittlerweile ist das für die Stadtmitte wichtige Bauvorhaben erfreulich schnell vorangegangen, so dass im Sommer bereits Richtfest gefeiert wurde und man sich nun auf den Innenausbau konzentriert.

Für mich ergeben sich gerade im Hinblick auf die kommende Adventszeit mit dem Weihnachtsmarkt folgende Fragen:

1. Wie lange wird der Bauzaun im Breiten Weg am Bauvorhaben "Mariettablock" noch stehen?
2. Sehen Sie Möglichkeiten, den Bauzaun insbesondere im Bereich der Straßenbahnhaltestelle zu versetzen, damit Fußgänger, MVB-Nutzer und Fahrradfahrer genügend Platz haben und sich die unzumutbare Enge in diesem Bereich entspannen ließe?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

8.1.	EinBlick - Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen	A0056/06
	Interfraktionell WV v. 06.04.06	

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss BSS hat den Antrag A0056/06 zur Kenntnis genommen.

Zur Beratung liegt der interfraktionelle Änderungsantrag A0056/06/1 vor.

Die Vorsitzende des Ausschuss Juhi Stadträtin Wübbenhorst bringt den interfraktionellen Änderungsantrag A0056/06/1 ein und erklärt die Unterstützung der SPD-Fraktion. Sie bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, informiert, dass im Ergebnis der Diskussion zum Antrag A0056/06 im Ausschuss Juhi der Punkt 2 des Beschlusstextes komplett abgelehnt wurde, der Punkt 1 jedoch um den letzten Satz des Beschlusstextes ergänzt wurde. Er bringt diese Fassung als Änderungsantrag A0056/06/2 des Ausschusses Juhi ein.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, geht kritisch auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und macht klarstellende Ausführungen zum Anliegen des interfraktionellen Änderungsantrages A0056/06/1.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, nimmt kritisch zum interfraktionellen Änderungsantrag A0056/06/1 Stellung und führt aus, dass das Anliegen des Änderungsantrages nicht mit der Intention des Jugendforums übereinstimmt. Er unterbreitet den Vorschlag, hierzu zunächst das Gespräch mit den Jugendlichen zu führen. Hinsichtlich des Abstimmungsverfahrens schlägt er vor, die Beschlusspunkte des Antrages A0056/06 einzeln abzustimmen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr sieht im interfraktionellen Änderungsantrag A0056/06/1 eine Konkretisierung, um eine Fortzuführen der erfolgreich begonnenen Informationsveranstaltung des Jugendforums zu sichern, welche dem Anliegen des Jugendforums folgt.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage geht auf den interfraktionellen Änderungsantrag A0056/06/1 ein und unterbreitet den Vorschlag einer redaktionellen Änderung:

Im Beschlusspunkt 2 ist der letzte Satz zu streichen.

Er begründet die redaktionelle Änderung und bittet die Einbringer um Äußerung, ob sie dieser Änderung zustimmen wollen. Im Weiteren spricht er sich für eine Beschlussfassung zu diesem Änderungsantrag aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterbreitet den Vorschlag, die Diskussion zum vorliegenden Antrag im Stadtrat im Beisein des Jugendforums durchzuführen und bringt den GO-Antrag – Vertagung der Behandlung des Antrages – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal spricht sich in seinen Ausführungen für eine Zustimmung zum Antrag A0056/06 aus und unterstützt den interfraktionellen Änderungsantrag.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage spricht sich gegen den GO-Antrag des Oberbürgermeisters aus.

Das Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag von 20 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen wird von Stadtrat Michael Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, angezweifelt und die Abstimmung wiederholt.

Gemäß GO-Antrag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper **beschließt** der Stadtrat mit 22 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- Vertagung des Antrages A0056/06

WV: SR-Sitzung 07. 12. 2006

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, gibt eine persönliche Erklärung ab (Anlage 2)

8.2.	Zukunft theater für junge zuschauer und Theaterjugendclub	A0096/06
	CDU - Fraktion	
	WV v. 01.06.06	

Der Ausschuss K hat den Antrag A0096/06 zur Kenntnis genommen.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Karin Meinecke informiert über ihre Erkenntnis im Ergebnis der Behandlung des Antrages A0096/06 im Ausschuss K und legt dar, dass auf Grund der derzeitigen Situation des Theaterjugendklubs kein Handlungsbedarf gesehen und der Antrag als erledigt angesehen wird.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern hinterfragt in seinen Ausführungen die Option der Bespielung der Konservatoriumsbühne und verweist in diesem Zusammenhang auf in der Vergangenheit aufgetretene Probleme im Zusammenhang mit den Verantwortlichen für den Kulissenbau. Im Weiteren nimmt er Bezug auf den Standort Brandenburger Straße und hinterfragt finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt des Theaters.

Im Rahmen der weiteren Diskussion untermauern der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Lühr, Stadträtin Karin Meinecke und Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, die Auffassung des Ausschusses K, dass die Problematik hinsichtlich des Theaterjugendklubs als geklärt betrachtet werden kann.

In Beantwortung der Nachfragen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern informiert der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch über eine vom Intendanten des theaters magdeburg Herrn Wellemeyer und dem Leiter des Konservatoriums Herrn Dr. Keller unterzeichnete Nutzungsvereinbarung. Er verweist insbesondere darauf, dass der Theaterjugendklub mit den Bedingungen für seine Arbeit sehr zufrieden ist. Hinsichtlich der Kosten für das Objekt Brandenburger Straße legt er dar, dass hier keine Belastungen für den Haushalt des Theaters entstehen.

Mit dem Hinweis, dass seitens der Verwaltung die Klärung der Problematik Konservatorium deutlich gemacht werden konnte und auf der Grundlage der Aussagen zum Objekt Brandenburger Straße wird vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern der Antrag A0096/06 **zurückgezogen**.

8.3.	Mehrgenerationenhaus in Magdeburg	A0121/06
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
	WV v. 06.07.06	

Der Antrag A0121/06 wird vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal **zurückgezogen**.

- 8.4. Ortsumgehung Salbke und Westerhüsen A0125/06
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 WV v. 06.07.06
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 2 Nein-Stimmen bei einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1230-40(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Erarbeitung der 9.Änderung des Flächennutzungsplanes (siehe hierzu auch DS0648/05, beschlossen am 06. 04.06) einen vorläufigen Trassenverlauf der Ortumgehung Salbke und Westerhüsen auszuweisen. Gegebenfalls sollen, wenn erforderlich, auch Varianten ausgewiesen werden. Die Trasse könnte eine Verlängerung der bereits konzipierten Entlastungsstraße Buckauer-Fermersleben bis Salbke/Faulmannstraße darstellen.

- 8.5. Frankiermaschine A0145/06
 SPD - Fraktion
 WV v. 07.09.06
-

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0145/06/2 der Fraktion future! – die jugendpartei vor.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Lischka führt zum Anliegen des Antrages aus, dass es sich hierbei um eine Zeichensetzung zur Haltung der Stadt gegenüber rechtsgerichteten Gruppierungen handeln soll. Er informiert über das Ergebnis der Behandlung des Antrages A0145/06 im Ausschuss KRB und legt dar, dass der Ausschuss KRB in seiner nächsten Sitzung gemeinsam mit verschiedenen Vereinen und Verbänden die Problematik Rechtsextremismus thematisieren wird.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage bringt umfassend den Änderungsantrag A0145/06/2 und im Ergebnis seiner Ausführungen eine redaktionelle Änderung hierzu ein.

Der im Änderungsantrag genannte Slogan ist zu ändern in:

„Magdeburg – Für Weltoffenheit und Toleranz“.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion unterstützt der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning den redaktionell geänderten Änderungsantrag A0145/06/2.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, bezeichnet die veränderte Formulierung als eine selbstverständliche Haltung und spricht sich für die Beibehaltung der ursprünglichen Formulierung im Änderungsantrag A0145/06/2 aus.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, begründet seine Ablehnung zum Änderungsantrag A0145/06/2.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei geht nochmals klarstellend auf das Anliegen des Änderungsantrages seiner Fraktion ein.

Im Ergebnis der geführten Diskussion erklärt Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, als Einbringer des Antrages A0145/06 seine Zustimmung zur Änderung des Slogans entsprechend der Formulierung des Änderungsantrages A0145/06/2 der Fraktion future! – die jugendpartei.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand stellt den Antrag A0145/06 in der Fassung entsprechend Änderungsantrag A0145/06/2 zur Abstimmung.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1231-40(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Frankiermaschinen der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Slogan “Magdeburg – Für Weltoffenheit und Toleranz” versehen werden können.

8.6.	Änderung der Verkehrsführung zum Kieswerk / Doppelschleuse Rothensee	A0151/06
	Fraktion Die Linkspartei.PDS WV v. 07.09.06	

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning erklärt, dass der Antrag mit der vorgelegten Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet wird.

Der TOP 8.7. wurde **zurückgezogen**.

8.8.	Abonnement für Schüler-Monatskarte	A0178/06
	SPD - Fraktion	

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0178/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0178/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0178/06 sowie des Änderungsantrages A0178/06/1 in den Ausschuss StBV – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Änderungsantrag A0178/06/2 ein und spricht sich für eine Zustimmung zum Überweisungsantrag aus.

Die Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal und der FDP-Fraktion Stadtrat Franke sprechen sich ebenfalls für den Überweisungsantrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0178/06 sowie die Änderungsanträge A0178/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und A0178/06/2 der Fraktion Die Linkspartei.PDS werden in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 18. 01. 2007

8.9.	Zukunftsdialog Tourismus für die Landeshauptstadt Magdeburg	A0179/06
	FDP- Fraktion	

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0179/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0179/06 in den Ausschuss RWB – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal unterstützt den GO-Antrag.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0179/06 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 15. 02. 2007

8.14. Radweg für die Maxim-Gorki-Straße

A0184/06

CDU - Fraktion

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0184/06/1 der Fraktion future! – die jugendpartei vor.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion bringt den Antrag A0184/06 ein und erklärt sein Einverständnis zum Änderungsantrag A0184/06/1 der Fraktion future! – die jugendpartei.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0184/06 und des Änderungsantrages A0184/06/1 in den Ausschuss StBV – ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen den GO-Antrag aus und begründet seine Auffassung.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage informiert über eine redaktionelle Änderung im Änderungsantrag A0184/06/1 seiner Fraktion. Hier muss es heißen:

Der Oberbürgermeister **wird gebeten**, an der Maxim-Gorki-Straße

Im Weiteren spricht er sich gegen den Überweisungsantrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Antrag A0184/06 der CDU-Fraktion und der redaktionell geänderte Änderungsantrag A0184/06/1 der Fraktion future! – die jugendpartei werden in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 18. 01. 2007

8.15. Öffnung von Schuleinzugsbezirken

A0174/06

Interfraktionell

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0174/06/1 der Fraktion Die Linkspartei.PDS vor.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0174/06 der CDU-Fraktion und des Änderungsantrages A0174/06/1 der Fraktion Die Linkspartei.PDS in den Ausschuss BSS ein.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, und Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützen den GO-Antrag.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich ebenfalls für den GO-Antrag aus und beantragt die Erweiterung des GO-Antrages um den Ausschuss Juhi.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, erweitert um den Antrag des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei 1 Nein-Stimme und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der interfraktionelle Antrag A0174/06/1 sowie der Änderungsantrag A0174/06/1 der Fraktion Die Linkspartei.PDS werden in die Ausschüsse BSS und Juhi überwiesen.

WV: SR-Sitzung 15. 02. 2007

8.16.	Zukunft Elbauenpark	A0177/06
	Interfraktionell	

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, regt an, bei der Erarbeitung des Nachnutzungskonzeptes die Studie der Firma Reppel und Partner zur Nachnutzung des BUGA-Geländes einzubeziehen.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning gibt hierzu zu bedenken, dass der vorliegende Antrag sich auf die Situation auslaufender Fördermittel bezieht und im Weiteren die Tatsache zu beachten ist, dass auf Grund steuerlicher Belange seitens der damaligen BUGA GmbH das Gelände des Elbauenparks für einen bestimmten Zeitraum gewerblich genutzt werden muss.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1232-40(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Entwurf eines Nutzungskonzeptes des Elbauenparks für den Zeitraum nach Ablauf der Auflagen aus den Fördermittelzuweisungen für die Durchführung der Bundesgartenschau 1999 zur rechtzeitigen Beratung einer zukünftigen Entwicklung des Areals vorzulegen.

Dem Stadtrat sind mindestens zwei Varianten einer Nachnutzung vorzulegen. Eine Variante soll die Fortführung einer kommerziellen Nutzung betrachten, eine weitere Variante soll eine teilweise oder komplette Öffnung des Areals analog zum Stadtpark beinhalten. Hierzu ist externer Sachverstand einzubinden.

Der Aufwand an städtischen Mitteln ist je Variante nachvollziehbar darzustellen.

8.17. Langer Donnerstag

A0181/06

Interfraktionell

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt umfassend den interfraktionellen Antrag A0181/06 ein.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke begründet die Ablehnung des Antrages A0181/06 durch seine Fraktion.

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr, der CDU-Fraktion Stadtrat Stern sowie Stadtrat Mirko Stage Fraktion future! – die jugendpartei sprechen sich ebenfalls gegen eine Beschlussfassung zum Antrag A0181/06 aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning argumentiert für eine Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Entscheidungsbefugnis des Landes Sachsen-Anhalt bezüglich der Ladenöffnungszeiten und legt seine Auffassung dar, dass zu dieser Thematik der Stadtrat nicht entscheiden muss.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht klarstellende Ausführungen zum Anliegen des Antrages A0181/06.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, sowie der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann unterstützen in ihren Ausführungen das Anliegen des Antrages A0181/06.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Schluss der Rednerliste – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

- Schluss der Rednerliste

Im Rahmen der weiteren Diskussion begründet Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, ihre Befürwortung des Antrages A0181/06.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Ablehnung des Antrages A0181/06 aus.

Das Abstimmungsergebnis von 19 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen wird im Stadtrat angezweifelt und die Abstimmung wiederholt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 19 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1233-40(IV)06

Der interfraktionelle Antrag A0181/06

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat begrüßt die Initiative „Langer Donnerstag“ der IG Innenstadt und die Stadt Magdeburg unterstützt diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten.
Die städtischen Gesellschaften MVB, MMKT und Wobau werden gebeten, diese Initiative konstruktiv und förderlich zu begleiten.

wird **abgelehnt**.

8.18. Sanierung "Schulstandorte" über das PPP-Modell

A0187/06

Auf Antrag des Oberbürgermeisters erfolgt die Diskussion hinsichtlich der betreffenden Schulstandorte zu den im nichtöffentlichen Teil zu beschließenden Vergaben der Sanierung von Schulen im PPP-Projekt in öffentlicher Sitzung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bringt den Antrag A0187/06 umfassend ein. Insbesondere geht er dabei auf die vorliegenden Änderungsanträge zu Schulstandorten im Zusammenhang mit den Vergaben im Rahmen des PPP-Projektes ein. Insbesondere verweist er dabei auf die Möglichkeit der Veränderungen einzelner Schulstandorte in den betreffenden Paketen, bittet aber darum, den Vergaben insgesamt zuzustimmen.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Schindehütte begründet die Änderungsanträge seiner Fraktion zu den Schulstandorten der Sekundarschule „A. W. Francke“ (Paket 2) und Grundschulen „Salbke“ und „Buckau“ (Paket 3).

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich dafür aus, vor einer Entscheidung zu den Vergaben klar zu wissen, wie sich die Entwicklung der Schulstandorte speziell zu den Sekundarschulen gestalten wird. Hierzu sieht sie die Erforderlichkeit der Überarbeitung der Schulstandorte entsprechend der Pakete 2 und 3 und bringt den GO-Antrag – Zurückverweisung der im Antrag A0187/06 des Oberbürgermeisters aufgeführten Schulstandorte Paket 2 und Paket 3 an die Verwaltung - ein. Die Wiedereinbringung der Drucksachen sollte jedoch zeitnah erfolgen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht nochmals klarstellend auf die Zusammensetzung der Schulstandortpakete ein und führt aus, dass diese Pakete das Auftragsvolumen darstellen und veränderbar sein können. Um den Prozess des PPP-Verfahrens weiterführen zu können, ist jedoch der Vergabebeschluss erforderlich.

Im Weiteren informiert er über die schriftliche Bestätigung seitens des Landes Sachsen-Anhalt, dass auch PPP-Maßnahmen förderfähig sind und sich somit das zu vergebende Auftragsvolumen verringert. Insbesondere verweist er darauf, dass das PPP-Verfahren nur dann durchgeführt wird, wenn es sich günstiger als Eigenbau erweist.

Stadtrat Schuster, CDU-Fraktion, geht auf die Änderungsanträge seiner Fraktion hinsichtlich der Aufteilung in unterschiedliche Lose im Vergabeverfahren ein und begründet diese dahingehend, hiermit einheimischen kleineren und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit zur Beteiligung am PPP-Modell zu geben.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Löhr nimmt zu den beantragten Änderungen von Schulstandorten Stellung und macht erläuternde Ausführungen zu den einzelnen Standorten. Er spricht sich dafür aus, keine Änderungen vorzunehmen.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, spricht sich im Rahmen seiner Ausführungen ebenfalls gegen Änderungen der vorgeschlagenen Schulstandorte aus.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass Aussagen zur Schulentwicklung für eine Entscheidungsfindung im PPP-Vergabeverfahren von Wichtigkeit sind und spricht sich dafür aus, die Beschlussvorlage zur Schulentwicklungsplanung noch in diesem Jahr wieder im Stadtrat vorzulegen. Er hält eine Vergabeentscheidung für schwierig, wenn der Erhalt der Schulen auf Dauer nicht geklärt ist.

Im Rahmen der weiteren Diskussion nimmt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zu den Ausführungen der Diskussionsredner Stellung und macht nochmals klarstellende Ausführungen.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, und Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS argumentierten nochmals umfassend für eine Zurückstellung der Beschlussfassung zu den Paketen 2 und 3.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern macht umfassende klarstellende Ausführungen zum Anliegen der Änderungsanträge seiner Fraktion hinsichtlich der Veränderung von Schulstandorten.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, übergibt dem Vorstand des Stadtrates Unterschriftenlisten bezüglich der Grundschule Am Westernplan, der Wille-Schule und der Leibniz-Sekundarschule.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch geht klarstellend auf in der Diskussion vorgebrachte Argumentationen ein

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann spricht sich ebenfalls dafür aus, dass zunächst geklärt sein muss, welche Schulstandorte Bestand haben werden, bevor hinsichtlich der Sanierung entschieden wird.

Im Ergebnis der umfänglichen Diskussion stellt der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand den GO-Antrag der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS zur Abstimmung.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS beschließt der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Die im Antrag A0187/06 des Oberbürgermeisters aufgeführten Schulstandorte Paket 2 und Paket 3 werden an die Verwaltung zurückverwiesen. Die Wiedereinbringung der Drucksachen sollte jedoch zeitnah erfolgen.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand stellt die Schulstandorte entsprechend Paket 4 zur Abstimmung:

Der Stadtrat beschließt bei 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen mehrheitlich:

Paket 4

- 1) GS "Nordwest", H.-Junkers-Allee 54 a
- 2) GS "Am Hopfengarten", Am Hopfengarten 6
- 3) GS "Am Umfassungsweg", Umfassungsweg 17
- 4) FÖSG "Hugo Kükelhaus", Kosmonautenweg 1
- 5) IGS "W. Brandt", Westring 30

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand stellt den im Ergebnis der Beschlussfassung zum GO-Antrag der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, geänderten Antrag A0187/06 des Oberbürgermeisters zur Abstimmung.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1234-40(IV)06

Folgende Schulstandorte werden über das PPP-Modell saniert:

Paket 4

- 1) GS "Nordwest", H.-Junkers-Allee 54 a
- 2) GS "Am Hopfengarten", Am Hopfengarten 6
- 3) GS "Am Umfassungsweg", Umfassungsweg 17
- 4) FÖSG "Hugo Kükelhaus", Kosmonautenweg 1
- 5) IGS "W. Brandt", Westring 30

9. Informationsvorlagen

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, nimmt Bezug auf die unter TOP 9.3 vorliegende Information I0261/06 und hinterfragt mit Verweis auf ein im Schreiben der Bürgerinitiative für Alternativen zum Flugplatz Magdeburg Süd e.V. erwähnte Rechtsgutachten die Gültigkeit des Planfeststellungsbeschlusses.

In Beantwortung der Nachfrage unterbreitet der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung Herr Dr. Puchta den Vorschlag, den Beschluss in Übereinstimmung mit der Flughafengesellschaft rechtlich absichern zu lassen.

Die unter TOP 9.1 bis 9.4 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzende/r

Andrea Behne
Schriftführer/in

Anwesend:

Abwesend

Balzer, Falko
Frömert, Regina
Heinemann, Klaus

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.
Bischoff, Norbert
Boeck, Hugo
Bork, Jana
Bromberg, Hans-Dieter
Brüning, Hans-Werner
Canehl, Jürgen
Czogalla, Olaf
Danicke, Martin
Franke, Holger
Giefers, Thorsten
Gripinski, Axel
Grünert, Gerald
Heendorf, Michael
Hein, Rosemarie Dr.
Heinl, Gerhard
Herbst, Sören Ulrich
Heynemann, Bernd
Hoffmann, Martin
Huhn, Dagmar
Klein, Carsten
Krause, Bernd
Kriese, Birgit
Kutschmann, Klaus Dr.
Lischka, Burkhard
Löhr, Rainer
Meinecke, Karin
Meinecke, Sven
Meinecke, Walter
Müller, Oliver
Paqué, Sabine
Reichel, Gerhard Dr.
Reppin, Bernd
Rink, Johannes
Salzborn, Hubert
Schindehütte, Gunter
Schmicker, Wolfgang
Schmidt, Kurt Dr.
Schoenberner, Hilmar
Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Siedentopf, Uta

Stage, Michael

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Trümper, Lutz Dr.

Veil, Thomas

Wähnelt, Wolfgang

Westphal, Alfred

Wübbenhorst, Beate

Zimmer, Gerd Dr.

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.

Luther, Silke